

# Schleswig-Holsteinischer Landtag

## Umdruck 18/1373

### Vorlage für den Wirtschaftsausschuss

Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW zu Drucksache [18/825](#), Charta für Bürgerbeteiligung bei der Planung von Infrastrukturvorhaben, Antrag Dr. Patrick Breyer (PIRATEN) vom 15.05.2013

### Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern stärken

In einer modernen Demokratie sind Transparenz und Zugang zu Informationen notwendige Voraussetzungen für Teilhabe und Mitbestimmung. Menschen sollen gut informiert sein und die Möglichkeit haben, sich aktiv an politischen Prozessen zu beteiligen. Kernstück ist eine Beteiligungskultur auf allen Entscheidungsebenen.

Notwendig hierfür sind Transparenz und ein Wandel des Dialogs zwischen Bürgerschaft, Politik und Verwaltung auf allen Ebenen. Diese erfordern neben einer Dialog fördernden Kultur auch Dialog fördernde formale Verfahren. Hierzu gehören insbesondere:

- Stärkere Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger, auch durch erleichterte Bürgerbegehren. Hierzu bedarf es einer unentgeltlichen Beratung durch die Kommunalaufsicht, einer verbindlichen Kostenschätzung durch die Verwaltung, verlängerter Fristen, einer Absenkung der Quoren, einer Unterschriftenstaffelung nach Einwohnerzahlen, Streichung der Beschränkung auf wichtige Aufgaben und eines Anhörungsrechts in der Gemeindevertretung, wie mit dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Bürgerbeteiligung bereits eingeleitet,
- Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und die Stärkung ihrer Interessen im kommunalen Bereich, wie mit dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Bürgerbeteiligung bereits eingeleitet,
- Erleichterungen bei den gesetzlichen Hürden für Volksinitiativen auf Landesebene, indem die Zustimmungsquoren gesenkt, die Eintragsfristen verlängert und die Sammlung von Unterschriften erleichtert werden,
- erleichterte Erstellung von Alternativvorschlägen im laufenden Verfahren,
- Transparenter und niedrigschwelliger Zugang zu den Grundlagen behördlicher Entscheidungen und Handlungen,
- Erweiterung der bestehenden E-Government-Infrastruktur und des „Schleswig-Holstein Gateway“, so dass es als Open Data Portal einen zentralen Zugang zu Verwaltungsprozessen und -daten ermöglicht. Dieses Portal soll öffentlich und transparent mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern entwickelt werden,
- enge Einbindung des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz (ULD) bei der Etablierung neuer Beteiligungsformen,

- transparente Darlegung der Möglichkeiten und der Grenzen von Beteiligung in den jeweiligen Entscheidungsprozessen, wie mit dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Bürgerbeteiligung bereits eingeleitet.

Begründung:

Planung ist zu formalisiert, Unterlagen sind zu komplex und Abstimmungsprozesse zu frustrierend. Politische Entscheidungsfindungen sollen echte Teilhabe ermöglichen, damit Menschen sich aktiv und informiert an politischen Prozessen beteiligen. Beteiligungsrechte schaffen einen echten Mehrwert, weil die Kompetenzen von mehr Menschen in Entscheidungsprozesse einfließen.

gez.  
Olaf Schulze

gez.  
Dr. Andreas Tietze

gez.  
Flemming Meyer